

Vorschau Umweltrecht (Auswahl)

HERBSTSESSION 2024

9.– 27. SEPTEMBER

Nationalrat

<p>19.409 Parlamentarische Initiative Eingereicht im Nationalrat am 14.03.2019</p>	<p>Kein «David gegen Goliath» beim Verbandsbeschwerderecht</p>	<p>Das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451) wird wie folgt geändert: Es sei das Verbandsbeschwerderecht gemäss Artikel 12 ff. NHG – im Sinne der Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes (USG; SR 814.01) – bei kleineren Einzelprojekten innerhalb der Bauzone einzuschränken. Stand der Beratungen: 9.9.2024: Ständerat: Abweichung</p>
<p>22.085 Geschäft des Bundesrates Eingereicht im Nationalrat am 16.12.2022</p>	<p>Umweltschutzgesetz. Änderung (Lärm, Altlasten, Lenkungsabgaben, Finanzierung von Aus- und Weiterbildungskursen, Informations- und Dokumentationssysteme, Strafrecht)</p>	<p>Altlasten, Lärmschutz und Umweltstrafrecht: Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Änderung des Umweltschutzgesetzes: Der Bundesrat hat am 16. Dezember 2022 dem Parlament die Botschaft zur Änderung des Umweltschutzgesetzes (USG) überwiesen. Er will damit die Sanierung von belasteten Standorten vorantreiben. Weitere Gesetzesanpassungen betreffen die bessere Abstimmung von Lärmschutz und Siedlungsentwicklung sowie die Verschärfung des Umweltstrafrechts bei organisierter Kriminalität. Stand der Beratungen: 10.9.2024: Nationalrat: Abweichung</p>

<p>24.3388 Motion</p>	<p>VOC-Lenkungsabgabe aufheben</p>	<p>Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Revision des Umweltschutzgesetzes zur Aufhebung der Lenkungsabgabe auf VOC (volatile organic compounds) zu unterbreiten.</p> <p>Stand der Beratungen: Annahme Ständerat</p> <p>Antrag Bundesrat im Zweitrat: «Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der die Lenkungswirkungen der Lenkungsabgabe auf VOC darstellt und mögliche Alternativen zur Lenkungsabgabe prüft, welche dieselbe Schutzwirkung aufweisen und ohne zusätzliche Belastung für den Bundeshaushalt umgesetzt werden können.»</p> <p>10.9.2024: Annahme im Nationalrat mit Abänderungsantrag.</p>
<p>23.051 Geschäft des Bundesrates Eingereicht am 21.06.2023</p> <p>Nicht traktandiert für die Herbstsession.</p>	<p>Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)</p>	<p>Bundesrat will den Bau von Solar-, Wind- und Wasserkraftwerken beschleunigen: Der Bundesrat will die Verfahren für die Planung und den Bau grosser Kraftwerke für erneuerbare Energien verkürzen, um den Ausbau der Produktion rasch voranzutreiben. Er hat in seiner Sitzung vom 21. Juni 2023 eine Änderung des Energiegesetzes zu Händen des Parlaments verabschiedet. Der sog. Beschleunigungserlass sieht unter anderem vor, Bewilligungsverfahren und Rechtsmittelverfahren für grosse Anlagen zu straffen und den Planungsprozess für den Ausbau des Stromnetzes zu vereinfachen.</p> <p>Stand der Beratungen: 21.12.2023: Nationalrat: Beschluss abweichend vom Entwurf</p>
<p>23.060 Geschäft des Bundesrates Eingereicht am 23.08.2023</p>	<p>Geoinformationsgesetz. Änderung</p>	<p>Bundesrat will Geodaten zum Untergrund zugänglich machen: Der Bundesrat will dem Bund und den Kantonen bestehende Daten über den Untergrund zugänglich machen. Diese dienen als wichtige Grundlage, um Georessourcen oder den unterirdischen Raum nachhaltig nutzen zu können. An seiner Sitzung vom 23. August 2023 hat der Bundesrat die Botschaft zu Neuerungen im Geoinformationsgesetz zuhänden des Parlaments verabschiedet und vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen.</p>

		<p>Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats</p>
<p>23.081 Geschäft des Bundesrates Eingereicht am 21.02.2024</p>	<p>BRG. Programmvereinbarungen im Umweltbereich (2025- 2028), für die Abwasserreinigung (2025-2028) und die Restwassersanierung (2025-2028). Verpflichtungskredite</p>	<p>Der Bundesrat hat am 21. Februar 2024 die Botschaft über Verpflichtungskredite im Umweltbereich 2025-2028 an das Parlament verabschiedet. Für den Umweltschutz, die Stärkung der Biodiversität und den Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren sind insgesamt 2,207 Mrd. Franken vorgesehen.</p> <p>Stand der Beratungen: 10.09.2024: Nationalrat: Abweichung</p>
<p>24.044 Geschäft des Bundesrates Eingereicht am 08.05.2024</p>	<p>BRG. Hochwasserschutz am Rhein von der Illmündung bis zum Bodensee. Verbesserung</p>	<p>Aufgrund der Hochwassergefahr im unteren Rheintal haben die Schweiz und Österreich beschlossen, den Hochwasserschutz an der gemeinsamen Rheinstrecke auf der Grundlage eines neuen Staatsvertrags auszubauen. An seiner Sitzung vom 8. Mai 2024 hat der Bundesrat die entsprechende Botschaft an das Parlament verabschiedet.</p> <p>Stand der Beratungen: Beratung in Kommission des Nationalrates abgeschlossen</p>

Ständerat

<p>19.409 Parlamentarische Initiative</p>	<p>Kein «David gegen Goliath» beim Verbandsbeschwerderecht</p>	<p>Das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451) wird wie folgt geändert: Es sei das Verbandsbeschwerderecht gemäss Artikel 12ff. NHG – im Sinne der Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes (USG; SR 814.01) – bei kleineren Einzelprojekten innerhalb der Bauzone einzuschränken.</p> <p>Stand der Beratungen: 09.09.2024: Ständerat: Abweichung</p>
<p>22.061 Geschäft des Bundesrates</p>	<p>Umweltschutzgesetz. Änderung (Lärm, Altlasten, Lenkungsabgaben, Finanzierung von Aus- und Weiterbildungskursen, Informations- und Dokumentationssysteme, Strafrecht)</p>	<p>Altlasten, Lärmschutz und Umweltstrafrecht: Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Änderung des Umweltschutzgesetzes: Der Bundesrat hat am 16. Dezember 2022 dem Parlament die Botschaft zur Änderung des Umweltschutzgesetzes (USG) überwiesen. Er will damit die Sanierung von belasteten Standorten vorantreiben. Weitere Gesetzesanpassungen betreffen die bessere Abstimmung von Lärmschutz und Siedlungsentwicklung sowie die Verschärfung des Umweltstrafrechts bei organisierter Kriminalität.</p> <p>Stand der Beratungen: 10.9.2024: Nationalrat: Abweichung</p>
<p>23.051 Geschäft des Bundesrates</p> <p>Nicht traktandiert für die Herbstsession.</p>	<p>Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)</p>	<p>Bundesrat will den Bau von Solar-, Wind- und Wasserkraftwerken beschleunigen: Der Bundesrat will die Verfahren für die Planung und den Bau grosser Kraftwerke für erneuerbare Energien verkürzen, um den Ausbau der Produktion rasch voranzutreiben. Er hat in seiner Sitzung vom 21. Juni 2023 eine Änderung des Energiegesetzes zu Händen des Parlaments verabschiedet. Der sog. Beschleunigungserlass sieht unter anderem vor, Bewilligungsverfahren und Rechtsmittelverfahren für grosse Anlagen zu straffen und den Planungsprozess für den Ausbau des Stromnetzes zu vereinfachen.</p> <p>Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats</p>

<p>23.081 Geschäft des Bundesrates</p>	<p>BRG. Programmvereinbarungen im Umweltbereich (2025- 2028), für die Abwasserreinigung (2025-2028) und die Restwassersanierung (2025-2028). Verpflichtungskredite</p>	<p>Der Bundesrat hat am 21. Februar 2024 die Botschaft über Verpflichtungskredite im Umweltbereich 2025-2028 an das Parlament verabschiedet. Für den Umweltschutz, die Stärkung der Biodiversität und den Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren sind insgesamt 2,207 Mrd. Franken vorgesehen.</p> <p>Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats</p>
<p>24.021 Geschäft des Bundesrates Eingereicht am 10.01.2024</p>	<p>BRG. «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)». Volksinitiative</p>	<p>Der Bundesrat lehnt die «Umweltverantwortungsinitiative» ab: Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 10. Januar 2024 die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» an das Parlament verabschiedet. Die Initiative wäre mit massiven Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. Der Bundesrat empfiehlt deshalb die Initiative zur Ablehnung und will ihr auch keinen Gegenvorschlag entgegenstellen. Vielmehr setzt er auf die bestehenden Bestimmungen und laufenden Gesetzgebungsarbeiten, um die natürlichen Ressourcen zu schonen.</p> <p>Stand der Beratungen: Stände- und Nationalrat lehnen Umweltverantwortungsinitiative ab. Die eidgenössischen Räte lehnen die Umweltverantwortungsinitiative der Allianz für Umweltverantwortung ab. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat entschieden, Volk und Ständen ein Nein zum im Februar 2023 eingereichten Volksbegehren zu empfehlen.</p> <p>Geplant für die Schlussabstimmung</p>

(Stand: 11. September 2024)